

# Vorwort

Die Steuersouveränität als die Macht, Steuergesetze zu erlassen, liegt gemäß den europäischen Verträgen ausschließlich bei den Mitgliedstaaten. Trotzdem sind die nationalen Steuersysteme nicht alleine durch die nationale Gesetzgebung und ihre Auslegung durch nationale Gerichte geprägt; vielmehr nehmen das Unionsrecht und die Rechtsprechung des EuGH Einfluss. Spätestens seit dem *Schumacker*-Urteil des EuGH ist klar, dass die fundamentalen Grundsätze des Unionsrechts, wie die Grundfreiheiten, auch im Bereich des nationalen Steuerrechts nicht unberücksichtigt gelassen werden dürfen. Das Bemühen des EuGH, die europäische Integration voranzutreiben, hat zu einer Fülle von Urteilen im Bereich des Steuerrechts geführt, die von der Literatur teilweise als nicht kohärent und vielfach kasuistisch bezeichnet werden. Für die Zukunft ist hierbei auch unklar, welche Rolle die EU-Grundrechtecharta für die europäische Integration in Steuersachen spielen wird – wird sie vom EuGH als „Integrations-Turbo“ verwendet oder ist das für die europäische Integration Mögliche durch die Rechtsprechung bereits erreicht?

Das Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen hat diese offenen Fragen zum Anlass genommen, hervorragende Sachkenner auf dem Gebiet des Europäischen Steuerrechts dazu einzuladen, im Rahmen einer Vortragsreihe zu selbstgewählten Zukunftsfragen des Europäischen Steuerrechts zu referieren. Die Referate und die aus ihnen hervorgegangenen Beiträge zeigen die Komplexität und Vielfaltigkeit des heutigen Europäischen Steuerrechts auf.

Die Vortragsreihe beginnt mit einem einleitenden Beitrag von *Georg Kofler*, der zunächst die vergangene positive und negative Integration in Steuersachen auf Unionsebene darstellt. Hierauf aufbauend blickt der Referent in die nahe Zukunft und sieht die kommende Integrationspolitik der Europäischen Union primär von Fiskalzwecken getrieben, die vielfach die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen unberücksichtigt lässt. Dass die europäische Integration in Steuersachen durch die Rechtsprechung des EuGH nicht am Ende ist, sondern vielmehr wieder durch den allgemeinen Gleichheitssatz volle Fahrt aufzunehmen scheint, zeigen Generalanwältin *Juliane Kokott* und *Lars Dobratz* in ihrem Beitrag. So hat der EuGH eine Kontrolle nationalen Rechts auf seine Gleichheitskonformität jüngst abgelehnt, doch zeigen die Referenten auf, dass der allgemeine Gleichheitsgrundsatz dann relevant werden könnte, wenn die Vergleichspaarbildung grenz-

überschreitend vorgenommen wird. Dass die EU-Grundrechtecharta in Zukunft ein neuer Maßstab für die Beurteilung nationalen Steuerrechts durch den EuGH wird, davon geht auch der nächste Referent aus. *Hanno Kube* sieht in der bestehenden und der zu erwartenden Rechtsprechung des EuGH die Gefahr der Entwicklung eines inkonsistenten und nicht mehr dem Folgerichtigkeitsgebot entsprechenden Europäischen Ertragsteuerrechts. In seinem Beitrag setzt er sich mit der Frage auseinander, welche Maßnahmen in Zukunft ergriffen werden können, um die Kohärenz und die Folgerichtigkeit des Systems sicherzustellen. Die Judikatur des EuGH hat gerade im Bereich der finalen Verluste ein geringes Maß an Kohärenz aufgezeigt und zu einer überaus kasuistischen Rechtsprechungslinie geführt.

Der Frage, ob die Rechtsprechung zu den finalen Verlusten am Ende oder zu Ende ist, hat sich *Michael Lang* angenommen. In seinem Beitrag zeigt er nicht nur die Schwachstellen der EuGH-Rechtsprechung auf, sondern bietet auch Wege an, die in diesem Bereich eingeschlagen werden können. Dass das Europäische Steuerrecht auch von der internationalen BEPS-Diskussion geprägt wird, zeigt *Alexander Rust*. Die durch die Neuregelung der Mutter-Tochter Richtlinie eingeführte Notwendigkeit der Berücksichtigung des Steuerrechts anderer Staaten bei grenzüberschreitenden Dividenden- und Zinszahlungen für die Freistellung bzw. Abzugsfähigkeit wird in seinem Beitrag im Lichte des allgemeinen Gleichheitssatzes gewürdigt. Abgerundet wird diese Vortragsreihe mit einem Beitrag von *Wolfgang Schön*, der sich im Detail mit der Rechtsprechung des EuGH zu den Grundfreiheiten auseinander setzt. Die Rechtsprechung wird dabei unter zwei Gesichtspunkten analysiert: Neutralität und Territorialität. Die Frage, ob diese beiden Konzepte vor dem Hintergrund der EuGH Rechtsprechung miteinander in Einklang gebracht werden können, wird in diesem Beitrag ausgelotet.

Die Herausgeber wünschen den in diesem Band zusammengeführten Beiträgen regen Anklang in der geführten Diskussion auf nationaler und internationaler Ebene.

München, im April 2015

Wolfgang Schön  
Caroline Heber

Grundfragen des Europäischen Steuerrechts

Schön, W.; Heber, C. (Hrsg.)

2015, IX, 164 S. 1 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-662-47464-8